

Zeit Zeichen

NUMMER 2 | JUNI 2024 | Magazin der Kath. Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich | 69. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17 €

Klimawandel und Arbeitswelt

Mit
Regionalteil:
Steiermark
und Wien

FOTO: ISTOCK/CHAMELONSEYE



Menschen und Klima schützen statt Profite

Josef Muchitsch im Interview: NGOs und Gewerkschaft Bau-Holz fordern neues Arbeitnehmer:innenschutzgesetz **Seite 4**

Hand in Hand

Teresa Tausch: Was Arbeiter:innen- und Klimabewegung verbindet **Seite 6**

Transformation zur Klimaneutralität

Karl Steininger: Herausforderungen und Chancen für die Arbeitswelt **Seite 10**

Inhalt

- 3 **Kommentar**
ANNA WALL-STRASSER
- 4 **Menschen und Klima schützen statt Profite**
Josef Muchitsch im Interview: NGOs und Gewerkschaft Bau-Holz fordern neues Arbeitnehmer:innenschutzgesetz
ELISABETH OHNEMUS
- 6 **Hand in Hand**
Was Arbeiter:innen- und Klimabewegung verbindet
TERESA TAUSCH
- 7 **„Wir fahren gemeinsam“**
Ein Bündnis von vida, Fridays for Future und „System Change not Climate Change“ unterstützt Busfahrer:innen
HANS-JÖRG MIETHLING
- 8 **Querschnittsthema Klimaschutz**
Antworten der Arbeiterkammer Wien auf den drohenden Klimakollaps
HEINZ HÖGELSBERGER
- 10 **Transformation zur Klimaneutralität**
Herausforderungen & Chancen für die Arbeitswelt
KARL STEININGER
- 12 **Klimawandel im Fokus der ILO**
Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) verweist auf „wahren Gefahrencocktail“
ILO
- 13 **Kommentar**
KARL IMMERVOLL
- 14 **Meilenstein mit Schlupflöchern**
Eine kritische Analyse des EU-Lieferkettengesetzes
BETTINA ROSENBERGER
- 15 **Wahlaufruf der KABÖ**
- 16 **Es muss anders gehen**
KA Wien fordert Alternativenprüfung zur Ostumfahrung Wiener Neustadt
REINHARD BÖDNAUER
- 17 **Sorgearbeit klimafreundlich**
Mobilität als Schlüssel zur Geschlechtergerechtigkeit
MARIA LANGMAIER
- 18 **Für eine Kirche, die aus der Geschichte lernt**
Interview mit dem steirischen Generalvikar und Historiker Erich Linhardt
MARTIN HOCHEGGER
- 20 **ZeitZeichen unterstützen**

Editorial Was hat Klimaschutz mit Arbeitnehmer:innenschutz zu tun? Was bedeutet die notwendige Transformation hin zur Klimaneutralität für die Arbeitswelt? Fragen, denen sich diese Ausgabe von ZeitZeichen widmet.

Antworten kommen gleich von mehreren Seiten. Etwa von Gewerkschaften und Klimaschutzorganisationen. Gleich zwei sind in den vergangenen Monaten in den Vordergrund getreten. Das Bündnis „Mensch und Klima schützen statt Profite“, das die Gewerkschaft Bau-Holz und die NGOs „Fridays for Future“ und „System Change not Climate Change“ geschlossen haben, hat gemeinsam mit der Arbeiterkammer und dem 2023 im ÖGB neu eingerichteten „Klimabüro“ Forderungen für eine Reform des Arbeitnehmer:innenschutzgesetzes vorgelegt und in den Nationalrat eingebracht. Beschäftigte, insbesondere im Outdoor-Bereich, sollen künftig besser vor Hitze und Hitze bedingten Krankheiten geschützt werden. Und die Initiative „Wir fahren gemeinsam“, ein weiterer Zusammenschluss von Klima-NGOs und Gewerkschaft, in diesem Fall der Verkehrsgewerkschaft vida, engagiert sich für bessere Arbeitsbedingungen von Busfahrer:innen und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Sinne des Klimaschutzes.

„1984 sind wir uns in Hainburg noch gegenüber gestanden, heute verbinden uns gemeinsame Ziele“, erklärt Bau-Holz-Gewerkschaftsvorsitzender Josef Muchitsch die Kooperation mit den Klimaschutzorganisationen, und Teresa Tausch, Sprecherin der NGO „Fridays for Future“, argumentiert: „Der Grundgedanke von Arbeiter:innen- und Klimabewegung ist... letztlich derselbe: Alle Menschen sollen das Recht auf ein menschenwürdiges Leben haben.“

„In Zeiten der sich zuspitzenden Klimakrise hat die AK den Anspruch, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenzuführen“, postuliert Heinz Högelsberger, Mitarbeiter der Arbeiterkammer Wien in der ehemaligen Abteilung „Umwelt und Verkehr“, die heuer eine Namensweiterung erfahren hat und jetzt „Klima, Umwelt und Verkehr“ heißt. Was dahinter an Aufgaben liegt, skizziert Högelsberger in seinem Beitrag. Einen großen Bogen beschreibt der Wirtschaftswissenschaftler Karl Steininger, Professor am „Wegener Center für Klima und Globalen Wandel“ der Universität Graz, indem er Veränderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität im Blick auf Arbeitsvolumen, die Qualifizierung von Beschäftigten und die Entwicklung von Berufsfeldern thematisiert.

Auch die Internationale Arbeitsorganisation hat heuer angesichts des „Internationalen Welttags für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz“ am 28. April auf den Klimawandel fokussiert und für erweiterten Arbeitsschutz weltweit plädiert. Daten und Fakten zur globalen Situation in diesem Heft. Den Konnex von „Care-Arbeit“ und Klima haben die Katholische Frauenbewegung, die Katholische Arbeitnehmer:innen-Bewegung und „Welthaus“ der Erzdiözese Wien in den Blick genommen. Und KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser fragt generell nach der Verantwortung der Kirchen für die konkreten Visionen einer notwendigen Transformation.

Elisabeth Ohnemus, Chefredakteurin

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, ehem. Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich. FOTO: PRIVAT



Visionen und Hoffnung auf dem Weg zur Transformation

Die Fakten sind alle am Tisch. Spätestens seit dem Bericht des Weltklimarats, dem anerkannten internationalen Expert:innengremium, vor einem Jahr, weiß jede:r, die:der es wissen will: die menschengemachte Klimakrise ist längst konkret und sehr real. Ihre Auswirkungen für Menschen und Ökosysteme sind deutlich spürbar – für uns in Hitzewellen und extremen Wetterereignissen, in anderen Ländern im Anstieg des Meeresspiegels, der ganze Inseln oder Landstriche überflutet und unbewohnbar macht. Am meisten trifft es weltweit jene, die am wenigsten zur Klimaerwärmung beitragen. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen dagegen bei weitem nicht, sie sind zu wenig ambitioniert und die Regierungen agieren zu langsam, heißt es im Bericht. Die Treibgasemissionen müssten sofort deutlich und um die Hälfte sinken, sonst ist es bereits 2030 weltweit um 1,5 Grad wärmer, mit allen Folgen. „Das Eis ist dünn, auf dem wir stehen, und es schmilzt uns unter den Füßen davon“, so UNO-Generalsekretär Guterres.

Im Zustand der „kognitiven Dissonanz“

Die gesamte Menschheit lebt diesbezüglich in einem Zustand der ‚kognitiven Dissonanz‘. Das bedeutet, unser Verhalten entspricht nicht unserem Wissen, sowohl im Kollektiven als auch vielfach im Individuellen. Diese Kluft macht ein ungutes Grundgefühl, und um das zu reduzieren, schaffen sich manche eigene, andere Fakten: „...so schlimm wird es nun schon nicht werden... wärmere Phasen gab es früher auch, und im Übrigen sollen die Chinesen..., oder wer auch immer...“.

Eine umfassende Transformation ist nötig

Wenn ich mir anhöre wie manche Parteien in Österreich und in Europa halbherzig oder offen ignorant mit der Bedrohung unseres Planeten umgehen, überkommt mich einerseits die Wut, aber auch ein gewisser Pessimismus. „Für Pessimismus ist es zu spät“, schreibt dagegen die erfahrene Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb. Wenn wir als Zivilisation überleben wollen, müssen wir handeln, sofort und radikal, und

das heißt reduzieren. Das betrifft alle Wirtschaftssektoren und Lebensbereiche, vom Bauen über Verkehr und Landwirtschaft bis zur Industrie. Eine umfassende Transformation ist nötig. Transformation – das bedeutet einen grundlegenden und dauerhaften Wandel, einen Musterwechsel des gesamten Systems.

Bilder einer besseren Zukunft

Das macht vielfach Angst und verwirrt, wie an den aktuellen demokratiepolitischen Verwerfungen deutlich wird. Das Neue ist noch nicht klar erkennbar, aber es braucht ein klares Ziel, und dazu die Bilder, Vorstellungen und Visionen einer besseren Zukunft: ein respektvolles Zueinander anstelle eines Herrschaftsverhältnisses gegenüber der Mitwelt und den Menschen im globalen Süden. Ein Leben ohne Überfluss auf der einen Seite, dafür haben alle, was sie zum Leben brauchen. Eine Lebensweise, die unseren Enkelkinder eine intakte Umwelt erhält. Je konkreter die Zukunftsbilder sind, desto leichter werden wir aushalten, dass es viele Lösungswege geben muss und dass sie nicht sofort wirken werden. Denn es wird einen langen Atem brauchen, um auch vorerst unangenehme Maßnahmen zur Veränderung durchzustehen. Und viel Solidarität mit den jeweils Schwächeren. Es wäre naiv zu glauben, Transformation sei kostenlos. Die Frage ist wie immer, wer den Preis dafür zahlt. Keine Veränderung jedoch kommt der gesamten Menschheit am teuersten zu stehen, soviel ist mittlerweile sicher.

Wer ist für konkrete Visionen zuständig? Die Politik? Die Kunst? Die Kirchen? Und für eine Hoffnung, die trägt durch die mühsamen Prozesse des Aushandelns, die für diese Transformation nötig sind? Die Katholische Aktion Österreich hat im Dossier zu Ökologie und Mitweltgerechtigkeit nicht nur eine Analyse, sondern konkrete Hoffnungswege aufgezeigt. Die KAB wird sich weiter für die dringliche ökosoziale Transformation, vor allem in bezug auf die Arbeitswelt engagieren. Und den Glauben nähren, dass eine andere, enkeltaugliche Welt möglich ist.

KAÖ zu Mitweltgerechtigkeit: www.kaoe.at/dossiers

Menschen und Klima schützen statt Profite

NGOs und Gewerkschaft Bau-Holz fordern neues Arbeitnehmer:innenschutzgesetz

Besonders hart bekommen den Klimawandel Menschen zu spüren, die im Freien arbeiten und dort schwere Arbeit verrichten, etwa am Bau. Das veraltete Arbeitsschutzgesetz greift nicht mehr, und Vereinbarungen der Sozialpartner im Bausektor werden seitens der Arbeitgeber:innen nicht ernst genommen. Jetzt hat die Gewerkschaft Bau-Holz Vorschläge für ein neues Arbeitnehmer:innenschutzgesetz in den Nationalrat eingebracht und sich dafür neben der Arbeiterkammer Partner:innen aus der Klimabewegung geholt. Ein Bericht von ELISABETH OHNEMUS.

August 2018, 35 Grad Tagestemperatur: ein ungarischer Kranführer stirbt auf seinem Kran auf einer Baustelle in Wien, bemerkt wird sein Tod am folgenden Morgen. Juni 2019, eine Hitzewelle überrollt Österreich: auf einer Baustelle im Burgenland kollabiert ein 53-jähriger slowakischer Arbeiter, Vater von fünf Kindern, er stirbt eine Woche später im Krankenhaus. Juni 2021, Österreich stöhnt neuerlich unter einer Hitzewelle: auf einer Baustelle in Leoben bricht ein 46-jähriger polnischer Arbeiter zusammen, kurz darauf stirbt der Mann, Vater von zwei Kindern.

„Runter vom Gas“, hatte sich nach dem Fall in Leoben Josef Muchitsch, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, in den Medien zu Wort gemeldet: „Kein Auftrag kann so wichtig sein, dass dafür Menschenleben riskiert werden“. Wenn es notwendig sei, würde man die zwischen den Sozialpartnern ausgehandelte, gegenwärtig noch gel-



tende „Hitzefrei-Regelung“ für Bauarbeiter gesetzlich durchsetzen, kündigte der Gewerkschafter an. 2023 haben gemäß der „Hitzefrei-Regelung“, die Arbeitgeber:innen eine „Freistellung“ von Arbeitnehmer:innen ab einer Temperatur von 32,5 Grad nahelegt, nur 30.000 von insgesamt 120.000 Beschäftigten am Bau zumindest einmal „hitzefrei“ bekommen. „Zu wenig“, so Josef Muchitsch. 22 Hitzetage, also Tage mit mindestens 30 Grad, zählte man 2023 in Österreich, Tendenz weiter steigend.

„Jede:r Auftraggeber :in müsste einmal zehn Stunden schwere Arbeit bei Hitze verrichten“

Vor allem, so Muchitsch, werde „zu lang“ schwer gearbeitet, 10 Stunden-Tage seien nicht selten. Wenn die Hitze ihren nachmittäglichen Höhepunkt erreiche, hätten viele Beschäftigte bereits acht Stunden Arbeit hinter sich, ab dann nehme die Leistungsfähigkeit ohnehin rapide ab. In dieser Situation Überstunden anzuordnen, sei „fahrlässig“: „Die Bauverantwortlichen in ihren gekühlten Containern sehen zu, dass der Bau schnell fertig wird, damit sie ihre Prämie kassieren können“,

Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz Josef Muchitsch zur Kooperation mit Partner:innen aus der Klimabewegung: „1984 sind wir uns in Hainburg noch quasi als ‚Gegner‘ gegenübergestanden, jetzt verfolgen wir ein gemeinsames Ziel.“

FOTO: ELISABETH OHNEMUS

so Muchitsch. Dabei würden bei einer konsequent eingehaltenen 40-Stunden-Woche „weder Wirtschaft noch Republik untergehen“: „Jede:r Auftraggeber:in müsste einmal zehn Stunden schwere Arbeit in Hitze verrichten, dann ginge es anders“.

Bündnis legt Plan für neues Arbeitnehmer:innenschutzgesetz vor

Auf Einsicht zu hoffen, hat Muchitsch aber aufgegeben. Im Jänner 2024 hat die Gewerkschaft Bau-Holz bei einer Pressekonferenz daher gemeinsam mit Arbeiterkammer und den NGOs „Fridays for Future“ und „System Change not Climate Change“ Forderungen zur Reform des Arbeitnehmer:innenschutzgesetzes (ASchG) und angrenzender Rechtsvorschriften vorgelegt. Kernpunkt des Forderungskatalogs, der sich auf die Bauarbeiterschutzverordnung (BauV) bezieht: ein Rechtsanspruch auf „hitzefrei“ ab einer Temperatur von 30 Grad.

Das junge Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“ will aber noch mehr, es verlangt „die Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage, mit der für alle Outdoorworker:innen ab 30 Grad bezahlt hitzefrei gewährt werden kann“. In „systemrelevanten Berufen“ solle es statt „hitzefrei“ eine Beschränkung der Höchstarbeitszeit auf acht Stunden und mehr bezahlte Pausen geben, die Anordnung von Mehr- und Überstundenleistungen müsse an Hitzetagen verboten sein, es brauche eine vorausschauende Dienstplanung

für Hitzetage, mit Fokus auf einer sinnvollen Verlegung von Arbeitszeit etwa in frühere Tagesstunden. Außerdem sollen, so das Bündnis, UV-Schwellenwerte in der „Verordnung optische Strahlung“ festgelegt werden, Arbeitsniederlegung bei Ozonalarm ermöglicht, eine jährliche Hautuntersuchung für Outdoorworker:innen im Rahmen der Arbeitszeit festgelegt und heller Hautkrebs – wie bereits in Deutschland der Fall – als Berufskrankheit anerkannt werden. Bei Missachtung von Vorschriften des Arbeitnehmer:innenschutzes müsse es einen Rechtsanspruch auf „Arbeitszurückbehaltung“, also das Niederlegen von Arbeit geben. Das Bündnis ist sich sicher, dass eine Konkretisierung der Arbeitgeberpflichten dazu beitragen würde, Dienstverhinderungen zu vermeiden.

2023 hat der ÖGB ein „Klimabüro“ eingerichtet. Es versteht sich als „Kompetenzzentrum...“, das Betriebsräte und Beschäftigte im Kampf gegen die Klimakrise unterstützt. Im Klimabüro werden „energie- und klimapolitische Aktivitäten des ÖGB koordiniert“ und „Instrumente entwickelt, um die Arbeitnehmer:innen und Betriebsräte durch den anstehenden Transformationsprozess zu begleiten“. (www.oegb.at)

Für Arbeit in Innenräumen fordert das Bündnis einen „verpflichtenden Maßnahmenkatalog“ ab 25 Grad, die Einführung von Strafbestimmungen, „hitzefrei“ ab einer Raumtemperatur von 30 Grad, solange der Arbeitgeber keine kühlere Alternative anzubieten habe. „Echte“ Hitzearbeitsplätze, also Arbeitsplätze unter ständiger Hitze wie etwa am Hochofen oder in Wäschereien, verlangten klar definierte „Entlastungsmaßnahmen“.

Gewerkschaft und NGOs mit gemeinsamem Ziel

In den Medien hat das erste Auftreten des Bündnisses „Menschen und Klima schützen statt Profite“ für Aufsehen gesorgt, u.a. ist der Begriff „bizar“ gefallen für die ungewöhnliche Partnerschaft. Josef Muchitsch mit Blick auf die Klimabewegung: „1984 sind wir uns in Hainburg noch gegenübergestanden,



jetzt verfolgen wir ein gemeinsames Ziel“. Klimabewegung und Arbeitnehmer:innenvertretung haben einander gefunden, weil klar geworden ist, dass Ökologie und Soziales untrennbar miteinander verknüpft sind. Zusätzliche Partnerschaften, so Muchitsch, ver-

Josef Muchitsch: „Kein Auftrag kann so wichtig sein, dass dafür Menschenleben riskiert werden.“ FOTO: PIXABAY, SUPAGRIT

dass Wien ein Temperaturlevel erreicht, wie es gegenwärtig das nordmazedonische Skopje aufweist. Hitzetote im Sommer werden zur Normalität, seit 2018 werden sie auch rückwirkend erfasst, in dem das HitzeMOMO (Mortalitätsmonitoring) der AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) Sterbefälle mit Hitzewellen verknüpft. Die heißesten je gemessenen Sommer häufen sich in der Zeitspanne ab dem Jahr 2000 bis heute. Das Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“ hat seinen Plan für ein neues Arbeitnehmer:innenschutzgesetz am 17. April dieses Jahres in den Nationalrat eingebracht und einen Entschließungsantrag gestellt. Zur weiteren Behandlung wurde der Antrag dem Sozialausschuss zugewiesen, von wo am 6. Juni die Meldung erfolgt ist, die Behandlung werde „vertagt“, der Arbeitsminister werde die Sozialpartner zu weiteren Gesprächen einladen.

Die Gewerkschaft Bau-Holz und ihre Partner:innen wollen nun über den Sommer „verstärkt kampagnisieren“, um Bewusstsein zu schaffen bei Auftraggeber:innen, Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen. Und: „Wir werden die schwarzen Schafe, die Arbeitnehmer:innen nicht schützen, in aller Öffentlichkeit anprangern“.

Querschnittsthema Klimaschutz

Antworten der Arbeiterkammer Wien auf den drohenden Klimakollaps

2024 hat die Abteilung „Umwelt und Verkehr“ in der Arbeiterkammer Wien einen neuen Namen bekommen: sie heißt jetzt „Klima, Umwelt und Verkehr“. Die Namensänderung markiert ein neues Selbstverständnis und erweiterte Agenden.

HEINZ HÖGELSBERGER, Mitarbeiter der Abteilung: „In Zeiten der sich zuspitzenden Klimakrise hat die AK den Anspruch, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenzuführen. Eine sozial-ökologische Transformation ist das Gebot der Stunde“. Im Folgenden gibt Högelsberger einen Überblick über die Aufgaben der neu ausgerichteten Abteilung.

Es war vor Jahrzehnten eine bewusste Entscheidung, in der AK Wien eine gemeinsame Abteilung „Umwelt und Verkehr“ anzusiedeln. Das spiegelte die Tatsache wider, dass die Art, wie unsere Mobilität organisiert ist, ein großes Umwelt- und Gesundheitsproblem darstellt; seien es die steigenden Treibhausgasemissionen, die Feinstaubbelastung, Lärm, Unfallrisiko oder Landschaftszerschneidung. Anspruch der AK war es dabei, diese Probleme mit einer verteilungspolitischen Brille zu beurteilen. So lag und liegt ein Schwerpunkt darin, Pendler:innen die möglichst umweltschonende, sichere und kostengünstige Anreise in die Arbeit zu ermöglichen. Wir gaben



zahlreiche Studien in Auftrag und betrieben damit Lobbyarbeit, doch das bekannteste Produkt war wohl für viele Jahre der „Pendlerfahrplan“, ein Fahrplanbuch im Hosentaschenformat für die Ostregion. Die fortschreitende Digitalisierung hat diese Art der papierernen Information inzwischen obsolet gemacht.

Neuer Namen, erweiterte Agenden

Seit heuer heißt die Abteilung „Klima, Umwelt und Verkehr“ und trägt damit der wachsenden Bedrohung durch den Klimakollaps Rechnung. Neben der bisherigen Arbeit ist es auch unsere Aufgabe, Anlauf- und Koordinierungsstelle für alle klimarelevanten Themen der AK zu sein; sei es Hitze am Arbeitsplatz oder die Entwicklung neuer Berufs- und Ausbildungsprofile in Richtung „green jobs.“ Denn Klimaschutz ist kein „reines Umweltproblem“ mehr, sondern ein Querschnittsthema. So umfassend wie unser Name ist auch unser Betätigungsfeld: es reicht von der Erarbeitung neuer Prinzipien im Umwelt- und Planungsrecht über Kostenwahrheit im Verkehr bis hin zu einem breiten Bündnis zum Thema „zukunfts-fähige Daseinsvorsorge“. Die Verbesserung der konkreten Arbeitsbedingungen der Verkehrsbeschäftigten ist ein weiterer Schwerpunkt – das betrifft etwa das Taxigewerbe, Eisenbahner:in-

nen, LKW-Fahrer:innen oder Beschäftigte im Flugverkehr. Da der Güterverkehr und das Fliegen möglichst billig sein sollen, kommen die Arbeitsbedingungen immer mehr unter Druck. Dagegen kämpfen wir an.

Heinz Högelsberger: „Seit heuer heißt die Abteilung „Klima, Umwelt und Verkehr“ und trägt damit der wachsenden Bedrohung durch den Klimakollaps Rechnung. Neben der bisherigen Arbeit ist es auch unsere Aufgabe, Anlauf- und Koordinierungsstelle für alle klimarelevanten Themen der AK zu sein; sei es Hitze am Arbeitsplatz oder die Entwicklung neuer Berufs- und Ausbildungsprofile in Richtung „green jobs.“ FOTO: MARKUSZAHRAJNIK.COM

nen, LKW-Fahrer:innen oder Beschäftigte im Flugverkehr. Da der Güterverkehr und das Fliegen möglichst billig sein sollen, kommen die Arbeitsbedingungen immer mehr unter Druck. Dagegen kämpfen wir an.

Kampagne „unsere-bahnen.at“

Mit der Kampagne www.unsere-bahnen.at stellen wir – gemeinsam mit der Gewerkschaft vida - die Bahn als Rückgrat der längst fälligen und notwendigen Mobilitätswende vor. Sie ist – bei guter Auslastung – sehr energieeffizient, kann mit sauberem Strom betrieben werden und hat einen geringen Platzbedarf. Leistungsfähige Schnellbahnsysteme sind in der Lage, Pendler:innen aus dem Umland in die Großstädte zu bringen und den Umstieg vom Auto zu ermöglichen. In ländlichen Regionen sind attraktive Regionalbahnen die Lebensader, an deren Bahnhöfe Buslinien, On-Demand-Verkehre, Mikro-ÖV und Sharing-Lösungen angebunden werden können. Schlechte ÖV-Anbindung zwingt die Menschen hingegen ins Auto, was mit großen finanziellen Belastungen verbunden ist.

Eine Bahn von allen für alle!

Im Fernverkehr kann die Bahn eine ernsthafte Alternative zum Autobahnfahren und Fliegen sein. Überdies ist der Bahnsektor eine Jobmaschine: So

gibt es in Österreich 50.000 Eisenbahner:innen. In der Bahnindustrie arbeiten nochmals 10.000 Menschen, tausende weitere bauen die Schieneninfrastruktur. Die österreichische KFZ-Industrie ist gerade im Umbruch (siehe die aktuelle Kündigungswelle bei Magna). Beschäftigte von dort können in den Bahnsektor wechseln und die Mobilitätswende voranbringen; sei es beim Bau von Schienenfahrzeugen, Schienen und Weichen oder Signaltechnik. Als Teil der Daseinsvorsorge benötigen wir eine Bahn von allen und für alle! Die bisherige EU-weite Liberalisierung war ein Fehlgriff. Stattdessen benötigen wir mehr Finanzmittel zum Ausbau der Schienenstrecken und auch mehr Eisenbahner:innen - in den Zügen, Bahnhöfen und Werkstätten. Für all das will die Kampagne – speziell in Bezug auf die EU- und Nationalratswahl - werben.

Fallstricke beim betrieblichen Mobilitätsmanagement

Zwei Drittel der Arbeitswege werden hierzulande mit dem Pkw – und zwar meist alleine – zurückgelegt. Dies verursacht gut ein Viertel der CO2-Emissionen des gesamten Personenverkehrs in Österreich. Es ist also höchste Zeit, dass Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass ihre Beschäftigten und Kund:innen kostengünstig und klimaschonend den Betrieb erreichen können (es sind ja auch die Unternehmen, die sich für ihren Standort entschieden haben). Der einschlägigen Literatur zufolge wäre dieses betriebliche Mobilitätsmanagement (BMM) eine Win-Win-Situation - für die Beschäftigten, die Umwelt und die Firmen. Warum kommt trotzdem ein Großteil der Unternehmen nicht in die Gänge? Warum wird eher in Parkplätze investiert als in Jobtickets? Hier sollen einige Gründe aufgezählt werden:

- Die Verhaltensbiologie lehrt uns: Jede Veränderung und Abkehr von alten bzw. lieb gewonnenen Gewohnheiten ist anstrengend und ruft zu-

nächst einmal Widerstand hervor.

- Bei erfolgreichen Beispielen steht die Geschäftsführung voll hinter der Idee und übt oft sogar eine Vorbildfunktion aus („Die Chefin radelt in die Arbeit“). Wenn aber das Management selbst mit dem (Dienst)-Auto anrollt und der Belegschaft ausrichtet, sie möge doch bitte auf ökologischere Verkehrsmittel umsteigen, so wird das nicht funktionieren.



Heinz Högelsberger: „Mit der Kampagne www.unsere-bahnen.at stellen wir – gemeinsam mit der Gewerkschaft vida - die Bahn als Rückgrat der längst fälligen und notwendigen Mobilitätswende vor.“ FOTO: PIXABAY, MAVERICKSBASTELSTUBE

Es bedarf einer „Kümmerers“; also einer Person, die das Thema Mobilitätsmanagement im Unternehmen konsequent und mit Herzblut vorantreibt. Dieser Mensch benötigt dafür Zeit und muss einen direkten Draht zur Geschäftsführung und zum Betriebsrat haben. Dies stellt aber bestehende Hierarchieebenen in Frage.

- Mobilitätsmanagement kann man nicht „von der Stange kaufen“. Jedes Unternehmen ist einmalig und benötigt einen maßgeschneiderten Maßnahmenmix. Dafür bedarf es Hirn, Zeit und Energie. BMM ist also nichts für Faule!

- Betriebliches Mobilitätsmanagement ist umso erfolgreicher, je vielfältiger und diverser das damit befasste Team ist. Einerseits müssten mehrere Abteilungen (z.B. Personalbüro, Buchhaltung, Kommunikation, Betriebsrat) eingebunden sein, andererseits sollten Personen mit unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen (Eltern mit Betreuungspflich-

ten, bewegungseingeschränkte Personen, Kolleg:innen im Schichtdienst usw.) repräsentiert sein. Dass hier völlig unterschiedliche Personen zusammenarbeiten, benötigt Zeitrressourcen und wird oft nicht gern gesehen.

- BMM ist keine einmalige Maßnahme, sondern ein andauernder Prozess. Das verlangt nach mehrjähriger Verpflichtung und einem langen Atem.

- Knackpunkt der Verkehrsmittelwahl ist das Vorhandensein von kostenlosen bzw. billigen Parkplätzen am Betriebsstandort; ein hochemotionales Thema! Dabei gerät auch der Betriebsrat oft in eine Zwickmühle. So zeigt die Erfahrung, dass altgediente PKW-affine Kollegen meist wehrhafter und offensiver auftreten als junge Radfahrerinnen.

- Viele Maßnahmen kosten dem Unternehmen Geld; sei es die Finanzierung von Jobtickets, Radabstellplätzen, Werksbussen oder Shuttlediensten zum nächsten Bahnhof. Es gibt aber auch Initiativen, die kostenneutral sind, wie ein Jobrad, die Anpassung der Arbeitszeiten an die Öffi-Fahrpläne oder die Organisation von Fahrgemeinschaften.

Diese Aufzählung von Gründen zeigt, wie wichtig ein gesetzlich vorgeschriebenes betriebliches Mobilitätsmanagement wäre. Die AK fordert daher ein verpflichtendes BMM ab 50 Beschäftigten.

Transformation zur Klimaneutralität

Herausforderungen und Chancen für die Arbeitswelt

Was bedeutet die notwendige Transformation hin zur Klimaneutralität für die Arbeitswelt, für Beschäftigung und Beschäftigte, für Qualifizierung und die Entwicklung von Berufsfeldern? Das erörtert der Wirtschaftswissenschaftler **KARL STEININGER**, Professor am „Wegener Center für Klima und Globalen Wandel“ der Universität Graz. Das Wegener-Institut ist interdisziplinär organisiert und international ausgerichtet, es ist verortet an der Umwelt-, Regional- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Uni Graz, mit Partnerinstituten auch an der Naturwissenschaftlichen, der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen und der Geisteswissenschaftlichen Fakultät.



Karl Steininger: „Klimaneutralität heißt zuallererst Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger. Dies bedarf vielfach ganz neuer Fertigkeiten. Bei Installateur:innen sind heute schon die Fachleute für Wärmepumpen, Solarthermie und Photovoltaik gefragt.“ **FOTO: ISTOCK/ANATOLIJ_GLEB**

Mit Blick auf die im letzten Jahr weltweit besonders dramatisch erfahrenen Klimafolgen eröffnete UN-Generalsekretär Antonio Guterres die Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention Ende 2023 mit einer drastischen Lagebeurteilung: „Wir erleben den Klimakollaps in Echtzeit. Die Klimarekorde wurden im Jahr 2023 gebrochen und hinterließen eine Spur der Verwüstung und Verzweiflung“. Die Menschheit wird sich damit jedenfalls – wenn auch nicht früh genug – die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft zueigen machen. Wir können

dabei auch andere Fehlentwicklungen (etwa in Österreich Feinstaubbelastung, lange Wege durch Zersiedelung, hohe Mobilitätskosten) korrigieren und die Chance zur aktiven Gestaltung eines Übergangs zu einem „guten Leben für alle“ nutzen. Zugleich werden wir uns an geänderte Klimabedingungen anpassen müssen. Was heißt diese Transformation für die Arbeitswelt?

Zugang zu neuen Qualifikationen gewährleisten, neue Berufsbilder gestalten

Klimaneutralität heißt zuallererst Umstieg von fossilen auf erneuerbare

Energieträger. Dies bedarf vielfach ganz neuer Fertigkeiten. Bei Installateur:innen sind heute schon die Fachleute für Wärmepumpen, Solarthermie und Photovoltaik gefragt. Für Personenkraftfahrzeuge erweitern Kfz-Mechaniker:innen ihre Kompetenzen auf alternative Antriebstechniken, während der Bedarf nach der arbeitsintensiveren Wartung von Verbrennungskraftmotoren ausläuft. Im öffentlichen Verkehr wird die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter steigen, ebenso wie in neuen Arbeitsfeldern, etwa in der „sharing economy“ (z.B. in Carsharing Unternehmen). „Um den Struk-

turwandel zu bewältigen und damit Arbeitnehmer:innen in klimafreundlicher Erwerbsarbeit tätig sein können, müssen sie Zugang zu den erforderlichen Qualifikationen erhalten“, nennt der jüngste Sachstandsbericht „Strukturen für ein klimafreundliches Leben“ des Austrian Panel on Climate Change (APCC) eine zentrale Herausforderung. Der Fachkräftemangel ist in diesen Bereichen derzeit noch besonders hoch, es gilt, die bestehenden Aus- und Weiterbildungen mit Fokus auf nachhaltigere Tätigkeiten weiterzuentwickeln aber auch neue Berufsbilder zu gestalten. In Österreich legte z.B. das Klimaministerium 2022 für die zentralen Bereiche der Energiewende einen Aktionsplan zur Aus- und Weiterbildung vor. Im Umschulungsbereich des Arbeitsmarktservice gibt es hier schon viele Angebote, in der Umgestaltung der Grundausbildung jedoch beständig noch viel zu tun.

Wird die Transformation die Gesamtbeschäftigung verändern?

Wird die Transformation die Gesamtbeschäftigung verändern? Im Hinblick auf die Nettowirkung eines „grünen Strukturwandels“ auf das Beschäftigungsvolumen fasst der zuvor genannte Bericht die bis 2022 verfügbaren Studien so zusammen: „Für Österreich bzw. die EU werden die quantitativen Beschäftigungseffekte bis 2030 als weitgehend neutral bis positiv (bis zu plus 2 Prozent) prognostiziert.“ Die danach verfügbar gewordenen Studien zeigen für Österreich sogar noch stärker in diese Richtung der Beschäftigungserhöhung. Grund ist die Bedeutung der Energienachfragesenkung im Gesamtsystem, damit die Deckung des Bedarfs - und zwar zumindest überwiegend aus dem Inland - aus erneuerbaren Energiequellen möglich ist. Und dafür wiederum wird Kreislaufwirtschaft zu einem Kernkonzept. Für eine längere Produktlebensdauer und Kreislauffähigkeit werden meist mehr Beschäftigte benötigt, etwa entstehen im Reparatur-Bereich zahlreiche neue Arbeitsplätze – und

es wächst gleichzeitig das Bewusstsein, sorgsam mit den nun wertvolleren und langlebigeren Konsumgütern umzugehen.

Notwendige Anreize und Rahmenbedingungen

Damit die Transformation ausgelöst wird, bedarf es geeigneter Anreize und neuer Rahmenbedingungen, viele davon wirken auch direkt in die Arbeitswelt hinein. Für den Arbeitsweg ist die heutige Form der Pendlerpauschale ein fossiles Überbleibsel und höchst kontraproduktiv, weil darin der Pkw gegenüber allen anderen Verkehrsmitteln bevorzugt wird. Es braucht die ökologische und soziale Umgestaltung: z.B. dass der Pkw-Weg nur mehr bis zum ersten Knotenpunkt des öffentlichen Verkehrs berücksichtigt wird, für den verbleibenden Weg dann das Klimaticket. Das Pendlerpauschale ist derzeit zudem als Steuerfreibetrag gestaltet, es vermindert somit die Lohnsteuerbemessungsgrundlage, das Ausmaß der Steuerminderung steigt also mit dem Einkommen. Eine Umgestaltung in einen Absatzbetrag würde für alle Arbeitnehmer:innen einkommensunabhängig äquivalente Steuerminderung gewährleisten, idealerweise auch ident für alle Verkehrsmittel.

Soziale Ausgestaltung der Transformation

Die soziale Ausgestaltung ist in der Klimapolitik insgesamt von zentraler Bedeutung. Haushalte mit niedrigerem Einkommen wenden einen größeren Anteil ihrer Ausgaben für heute fossil-intensive Produkte auf, etwa für Heizung und Autoverkehr. Wird fossile Energie besteuert, wie in Österreich seit 1. Oktober 2022 mit dem nationalen CO₂-Preis, so trifft das diese Haushalte relativ stärker. Da jedoch deren absolute fossile Ausgaben dennoch wesentlich geringer als jene der Gutverdiener sind, lässt sich mit dem pro Person ausgezahlten Klimabonus nicht nur gegensteuern, sondern sogar überkompensieren. Geringverdiener



Karl Steininger: „Gelingen wird beides – die Umorientierung auf klimafreundliche Tätigkeiten wie deren klimaangepasste Durchführung – nachweislich dann viel besser, wenn die Arbeitnehmer:innen in die Gestaltung partizipativ eingebunden sind: ihre Ideen, Vorschläge, Erfahrungen, Beobachtungen und Motivation sind unerlässlich für die Transformation – hin zu einem guten Leben für alle.“ **FOTO: PRIVAT**

erhalten dadurch einen Betrag als Klimabonus ausgezahlt, der höher ist als ihre Ausgabensteigerung.

Die Verschiebung des Klimafensters (in der Südoststeiermark z.B. sind die Temperaturen im Sommer seit den 70er Jahren um mehr als drei Grad gestiegen), vor allem aber die viel stärkeren und häufigeren Extreme verändern die Arbeitsbedingungen und -produktivität, insbesondere für Tätigkeiten im Freien. Dies ist bei Hitze umso stärker belastend, je höher die körperliche Arbeitsintensität ist. Anpassung kann in einer Verschiebung der Arbeitszeit bestehen, z.B. mit langen Mittagspausen wie die Siestas, die wir aus südlichen Ländern kennen, oder auch in saisonaler Verlagerung.

Gelingen wird beides – die Umorientierung auf klimafreundliche Tätigkeiten wie deren klimaangepasste Durchführung – nachweislich dann viel besser, wenn die Arbeitnehmer:innen in die Gestaltung partizipativ eingebunden sind: ihre Ideen, Vorschläge, Erfahrungen, Beobachtungen und Motivation sind unerlässlich für die Transformation – hin zu einem guten Leben für alle.

Klimawandel im Fokus der ILO

Die Internationale Arbeitsorganisation verweist auf „wahren Gefahrencocktail“

Seit 2003 wird jährlich am 28. April der internationale „Welttag für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz“ (engl. World Day for Safety and Health at Work) begangen. Initiiert von der Internationalen Arbeitsorganisation ruft dieser offizielle UNO-Aktionstag zum Gedenken an jene Lohnarbeiter:innen auf, die aufgrund von Arbeit getötet, verletzt wurden oder erkrankt sind. Ziel des Welttags ist es, sichere, gesunde und menschenwürdige Arbeit bzw. Arbeitsplätze zu fördern. 2024 hat die ILO die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz in den Fokus gerückt, am 24. April eine globale Veranstaltung dazu organisiert. Für 70 Prozent der Beschäftigten weltweit vergrößert der Klimawandel die Gesundheitsgefahren, heißt es in einem ILO-Bericht. Besonders betroffen seien Länder im Süden der Erde, aber auch in Europa. Von einem "wahren Gefahrencocktail" ist im Bericht der ILO die Rede. Der bestehende Arbeitnehmer:innenschutz könne mit den daraus resultierenden Risiken nur schwer Schritt halten.

Ein großes Problem stellt laut dem Report bereits jetzt die zunehmende Hitze dar. Die ILO schätzt auf der Basis der aktuell verfügbaren Daten von 2020, dass mehr als 2,4 der global insgesamt 3,4 Milliarden Beschäftigten während ihrer Arbeit übermäßiger Hitze ausgesetzt sind oder sein könnten. Der Anteil beträgt 71 Prozent, 2000 lag er noch bei 65,5 Prozent. Die Folgen seien dramatisch. Die Zahl der dadurch ausgelösten Todesfälle betrage jährlich rund 19.000, heißt es in dem Bericht, und es gebe knapp 23 Millionen Arbeitsunfälle, die auf übermäßige Hitze zurückzuführen sind. Aber auch chronische Erkrankungen würden durch Hitze ausgelöst - so litten derart bedingt etwa 26 Millionen Menschen an chronischen Nierenerkrankungen. Im Freien Arbeitende sind laut ILO zudem zunehmend durch Parasiten gefährdet, die sich wegen des Klimawandels in neuen Regionen ausbreiten.

Auch gemäßigte Breiten betroffen

Hitze als Gesundheitsgefahr ist natürlich in tropischen und subtropischen Regionen am größten, wo inzwischen Temperaturspitzen von teils über 50 Grad erreicht werden. Dass sie aber auch in gemäßigten Breiten immer mehr zum Problem wird, zeigt der soeben vorgelegte Klimabericht 2023 des EU-Klimawandeldienstes Copernicus. Danach gab es in Europa 2023 eine Rekordzahl von Tagen mit extremer Hit-



FOTO: ISTOCK/AROYBARMAN

zebelastung, und auch die Zahl der Tage mit mindestens "schwerer Hitzebelastung" hat zugenommen. Vor allem Südeuropa ist davon betroffen. So wurden auf Sizilien 48,2 Grad gemessen, was nahe am Rekordwert von 48,8 Grad aus dem Jahr 2021 lag. Laut Copernicus hat die Zahl der hitzebedingten Todesfälle in 94 Prozent der überwachten europäischen Regionen zugenommen. Insgesamt sei die hitzebedingte Sterberate in den letzten 20 Jahren um rund 30 Prozent gestiegen. Die Belastungen steigen dabei auch in der Arbeitswelt, vor allem für im Freien Arbeitende.

Die durch den Klimawandel verstärkte Hitze ist jedoch bei Weitem nicht die einzige Gefahr für Arbeitnehmer:innen. Es gebe einen "Gefährdungsmix", so die ILO, auch Krebs, Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen, Nierenfunktionsstörungen und psychische Erkrankungen würden ansteigen. So sind laut dem Bericht 1,6 Milliarden arbeitende Menschen etwa auf Baustellen oder in

der Landwirtschaft starker UV-Strahlung ausgesetzt, was jährlich zu mehr als 18.900 Todesfällen durch Hautkrebs führe. Etwa ebenso viele hätten am Arbeitsplatz unter Luftverschmutzung zu leiden, was jährlich bis zu 860.000 arbeitsbedingte Todesfälle zur Folge habe. Zudem hätten mehr als 870 Millionen Beschäftigte in der Landwirtschaft unter der Belastung mit Pestiziden zu leiden. Die Zahl der jährlichen Todesfälle durch Vergiftungen schätzt die ILO auf über 300.000.

"Es ist klar, dass der Klimawandel bereits jetzt erhebliche zusätzliche Gesundheitsrisiken für Beschäftigte mit sich bringt", sagt die Leiterin des ILO-Arbeitsschutzteams, Manal Azzi. Besserer Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz müsse ein wichtiger Teil der Reaktionen auf den Klimawandel werden.

WEITERE INFOS

<https://at.scientists4future.org/2024/04/27/arbeit-in-zeiten-der-klimakatastrophe>
<https://www.hazard.org/heat>

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Karl Immervoll ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und unterrichtete an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitete den Lehrgang HINGEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ.

FOTO: ERHARD HOIS



Wir alle sind Kinder dieser Erde

Lange, immer wieder blicken wir dem Zug nach, der Schmalspurbahn in die Bezirkshauptstadt. Dreimal am Tag fährt sie fort und kommt wieder, jahrelang nach dem gleichen Fahrplan. Für uns Kinder gibt sie die Tagesstruktur, nach der wir uns richten und wissen, wann wir wieder nach Hause müssen. Wir winken den Mitfahrenden. Die Dampflokomotive qualmt, der Rauch verzieht sich nur langsam. Oft liegen wir auf der Wiese neben dem Bahndamm am Rücken, schauen, wie die Rauchwolken sich langsam verziehen und die Wolken am Himmel uns immer wieder neue Figuren zeigen.

Leben und Arbeiten wird schwierig

Heute, 60 Jahre später, sitze ich vor unserem Haus und genieße den Sonnenuntergang. Der Himmel ist zerfurcht, gezeichnet von Mustern, die Flugzeuge hinterlassen. Jetzt am Abend sind die Kondensstreifen besser zu sehen. Und wie damals als Kind frage ich mich, wohin die vielen Menschen wohl unterwegs sind? Und ich denke an Humayain aus Bangladesh, den ich kürzlich bei einem Treffen von den Auswirkungen des Klimawandels in seinem Land erzählen gehört habe, von Unwettern, Stürmen und Überschwemmungen; oder an

Mariam aus dem Sudan: es gibt dort Gebiete, in denen jeglicher Anbau hinfällig ist, weil der Boden ausgedörrt ist, ohne Wasser. Die Menschen ziehen weg in der Hoffnung, anderswo leben zu können; und an Martino aus Peru, der vom Reichtum seines Landes spricht, aber auch von Ausbeutung der Schätze dieser Erde. Und die Erderwärmung? 2 Grad Celsius bewirken bei uns doppelt so viel. Wenn wir aber dieses Ziel nicht erreichen und es 3 Grad werden, dann sind es bei uns eben 6. Nur, Leben und Arbeiten wird dann schwierig.

Wir haben nur diese eine Erde

Bei dieser Tagung treffe ich auch viele junge Leute. Das gibt Hoffnung. Ihr Engagement ist nicht auf Europa beschränkt, sondern gilt weltweit. Der Himmel geht eben über allen auf. Die dringende Herausforderung, unser gemeinsames Haus zu schützen, schließt die Sorge ein, die gesamte Menschheitsfamilie in der Suche nach einer nachhaltigen Entwicklung zu vereinen ... (Papst Franziskus in Laudato si 13). Wir haben nur diese eine Erde.

Bild: Sung Min Kim, Kinder der Erde.

Tusche und Pigmente auf Maulbeerpapier, 140x300cm, 2022-2023



Meilenstein mit Schlupflöchern

Eine kritische Analyse des EU-Lieferkettengesetzes

Eine Welt ohne Ausbeutung - das ist das Ziel des im Mai vom EU-Rat beschlossenen Lieferkettengesetzes. Ausbeuterische Kinderarbeit in unserer Schokolade soll endlich der Vergangenheit angehören. Die Textilarbeiter:innen, die in Bangladesch unsere T-Shirts nähen, sollen sich in Zukunft in Gewerkschaften organisieren können, ohne Repressionen befürchten zu müssen. Auch wenn dem „Meilenstein“ im Kampf gegen Ausbeutung der Praxistest noch bevorsteht, ist bereits klar, dass zahlreiche Schlupflöcher die Effektivität des neu geschaffenen Gesetzes konterkarieren werden. Eine Analyse von **BETTINA ROSENBERGER**, Geschäftsführerin des „Netzwerkes soziale Verantwortung“ .



Bettina Rosenberger: „Mehr als 75 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sollte in Österreich nicht mehr darüber diskutiert werden, ob entlang globaler Wertschöpfungsketten Menschenrechte eingehalten werden müssen. Denn: Menschenrechte dürfen keine parteipolitischen Grenzen kennen.“

FOTO: PRIVAT

Aufgrund der Verwässerungen wird das EU-Lieferkettengesetz erst in 5 Jahren für Unternehmen mit 1.000 Mitarbeiter:innen und einem Jahresumsatz von 450 Millionen Euro gelten. In drei Jahren werden Unternehmen mit 5.000 Mitarbeiter:innen und einem Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Euro vom EU-Lieferkettengesetz betroffen sein.

Das EU-Lieferkettengesetz verpflichtet Unternehmen dazu, sogenannte menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten zu implementieren. Daneben beinhaltet es auch eine zi-

vilrechtliche Haftung. Eine solche Haftung ermöglicht es Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen, Entschädigungen einzuklagen.

Holpriger demokratischer Prozess

Nach jahrelangem Prozess wurde im Zuge von „Trilog-Verhandlungen“ im Dezember 2023 ein Kompromiss erreicht. Er besagt, dass die Richtlinie für Unternehmen ab 500 Mitarbeiter:innen und einem Jahresumsatz von 150 Millionen Euro gelten soll. In sogenannten Hochrisikosektoren sollte sie bereits ab 250 Mitarbeiter:innen und einem Jahresumsatz von 40 Millionen Euro zur Anwendung kommen. Ende Jänner 2024 forderte jedoch zunächst die deutsche FDP drastische inhaltliche Änderungen des Textes. Auch andere Staaten, wie etwa Österreich, verwehren dem demokratischen Kompromiss im sogenannten „Ausschuss der Ständi-

Martin Kocher dafür, sich zu enthalten. Da sich die Regierungsparteien nicht einigen konnten, hat sich Österreich enthalten, was im COREPER einer Ablehnung gleich kommt. Nach mehreren Anläufen und massiven Zugeständnissen konnte schließlich Mitte März im COREPER eine Mehrheit erreicht werden, weil der Anwendungsbereich stark eingeschränkt wurde. Nach der formalen Bestätigung im Europäischen Parlament, wurde das EU-Lieferkettengesetz im Mai schlussendlich auch final vom Rat beschlossen.

Diese Entwicklungen haben deutlich gezeigt, dass manche Parteien und Politiker:innen auf Zuruf von Wirtschaftsverbänden sogar dazu bereit waren, die demokratischen Gesetzgebungsprozesse der Europäischen Union infrage zu stellen.

Meilenstein trotz massiver Verwässerungen

Trotz der massiven Verwässerungen ist das EU-Lieferkettengesetz aber ein Meilenstein, denn es führt dazu, dass es auch in Österreich erstmals ein sektorenübergreifendes Gesetz zur verbindlichen Regulierung von Unternehmen geben wird. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben nun, so wie bei jeder EU-Richtlinie, zwei Jahre Zeit, das EU-Lieferkettengesetz in nationales Recht zu implementieren. In Österreich fällt diese Frist nun genau in den Nationalratswahlkampf und in eine Zeit, in der Regierungsprogramme verhandelt werden.



Sujet der Kampagne von NGOs, ÖGB und AK für ein Lieferkettengesetz in Österreich und der EU FOTO: NESOVE

gen Vertreter“ (COREPER) die Zustimmung, woraufhin es keine Mehrheit gab. Während Justizministerin Alma Zadic sich klar zum Kompromiss bekannte, plädierte Wirtschaftsminister



Wahlaufruf

Einen „Aufruf für Demokratie und eine offene Gesellschaft“ im Vorfeld der EU- und der Nationalratswahlen in Österreich hat die Katholische Arbeitnehmer:innenbewegung gestartet. Unterstützt von einer Vielzahl von Organisationen und Einzelpersonen appelliert die KABÖ an die Wahlberechtigten in Österreich, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen: „Prüfen Sie die Programme der wahlwerbenden politischen Parteien am ethischen Maßstab der christlichen Soziallehre“, heißt es in dem Aufruf. Und weiter: „Treffen Sie Ihre Wahlentscheidungen nicht anhand von Gewohnheiten und einem üblichen Lagerdenken, sondern auf der Grundlage Ihres Gewissens, mit Vernunft und nach ethischen Kriterien. Nehmen Sie als Bürgerinnen und Bürger Ihre individuelle Verantwortung für die liberale Demokratie, den Rechtsstaat und die offene Gesellschaft wahr. Wählen wir nicht in einem Geist der Angst und des Ressentiments, sondern mit Mut, Vernunft und Zuversicht!“

Die KABÖ verweist auf das „schwierige Umfeld“ der Wahlen: „Krieg in Europa und vor der Haustür Europas“, „hohe Inflation“, „globale Bedrohungen durch Erderhitzung und Artensterben“. Es herrsche „ein Klima der Angst, Verunsicherung und Krisenerschöpfung. Menschen sind auf der Suche nach Sicherheit und Ordnung. Viele wenden sich rechtspopulistischen Parteien zu, die eine Rückkehr zu einer vermeintlichen früheren Ordnung und Sicherheit versprechen“.

Demgegenüber biete die christliche Soziallehre eine ethische Orientierung auf Basis des Evangeliums. Die zentralen inhaltlichen Leitlinien der christlichen Soziallehre böten „einen verlässlichen moralischen Kompass“ in verschiedenen Bereichen. Die Ausrichtung in Stichworten: „Beseitigung von sozialer Ungleichheit und Ausschließung“, „Option für die Armen“, „Arbeit für Frieden, Abrüstung und vorrangige Option für aktive Gewaltfreiheit“, „Einsatz für soziale Gerechtigkeit“, „Anerkennung der Rechte von Migrant:innen“, „Verteidigung der universalen Menschenrechte“, „Kritik an jeder fremdenfeindlichen Mentalität“, „Schutz von Mitwelt und Klima; Kritik der Leugnung des menschengemachten Klimawandels“, „Sorge für eine Kultur der Begegnung und Zusammenleben in kultureller, sprachlicher und religiösen Vielfalt“.

Wählen mit Mut, Vernunft und Zuversicht

Aufruf für Demokratie und eine offene Gesellschaft

Ein sozialetischer Kompass zu den EU- und Parlamentswahlen in Österreich 2024

Mit brennender Sorge blicken wir in Österreich auf das historische Wahljahr



Liste der Erstunterzeichner:innen sowie Statements von einzelnen Unterstützer:innen und Folder zum Download siehe www.kaboe.at

Es muss anders gehen

KA Wien fordert Alternativenprüfung zur Ostumfahrung Wiener Neustadt

In Wiener Neustadt gehen die Wogen hoch. Für das in den 70er Jahren geplante Projekt „Ostumfahrung“ werden sieben niederösterreichische Bauern enteignet, wertvolles Ackerland wird versiegelt. Die Katholische Aktion der Erzdiözese Wien verlangt die Prüfung von Alternativen, schreibt KA-Präsident **REINHARD BÖDENAUER**.

Für die Kritiker:innen ist klar, dass das 40 – 60 Millionen Euro schwere Verkehrsprojekt mehr Verkehr und Gewerbegebiete am Stadtrand statt Grünraum und Naherholung bringen wird. Außerdem soll eine 11m hohe Brücke das Natura-2000-Schutzgebiet Fischa-Au durchschneiden. Im Herbst 2024 soll der Spatenstich erfolgen. Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) hat der Verwaltungsgerichtshof festgestellt: „Hauptziel dürfte die Verbesserung der Erschließbarkeit von Gewerbegrundstücken ...“ sein. Klar, dass dann die Proteste nicht verstummen.



Reinhard Bödenauer, Präsident der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien und Andreas Löffler, Vikariats-Vorsitzender im Industrieviertel bei der Erdäpfel-Pflanzaktion. FOTO: KA WIEN

Alte Projekte neu bewerten

Ein Grund ist, dass mit dem Wissen von heute, alte Projekte neu bewertet werden müssten. Etwa in Bezug auf die Klimaziele. Der Verkehrssektor verursacht derzeit rund 30 Prozent der Treibhausgas-Emissionen Österreichs. Der CO₂-Ausstoß liegt mit mehr als neun Tonnen pro Kopf über dem Durchschnitt der EU-Staaten und ist doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. Zielsetzung laut Regierungsprogramm ist ab dem Jahr 2040 ein CO₂ neutrales Verkehrssystem. Der Blick auf den Straßenausbau muss sich daher ändern.

Vorrang für Öffis

Auch hier gilt der Aufruf „zu einer weltweiten ökologischen Umkehr“, die Papst Johannes Paul II. schon 2001 einmahnte. Und Papst Franziskus formulierte in „Laudato Si“ ganz klar, „dass man den öffentlichen Verkehrsmitteln den Vorrang geben muss.“ (LS 153) Es braucht „eine wesentliche Verbesserung dieser Verkehrsmittel, die in vie-

len Städten aufgrund der Menschenmenge, der Unbequemlichkeit oder der geringen Häufigkeit des verfügbaren Nahverkehrs und der Unsicherheit eine unwürdige Behandlung der Passagiere darstellen.“

Laut VCÖ ist Straßenbau eine verfehlt Strategie, um Verkehrsprobleme zu lösen, denn mittelfristig führen zusätzliche Straßen zu mehr Autoverkehr. Dringend geboten wäre es stattdessen Mobilitätsangebote unabhängig vom Auto zu schaffen bzw. auszubauen und damit das Mobilitätsverhalten zugunsten der Region zu beeinflussen und die Lebensqualität vor Ort zu stärken. Besonders positiv würde sich dies auf Personen ohne Auto auswirken (alte Menschen, Kinder, ...), auf die Innenstadtbelebung und die Schaffung von regionalen Arbeitsplätzen.

Auch ohne die Ostumfahrung könnten die derzeit besonders von Verkehr belasteten Straßen verkehrsberuhigt werden. Etwa mit der Verschmälerung der



Fahrbahnbreiten und Tempolimits, um Platz für Radfahrer:innen und Begrünung zu schaffen.

Viel wäre möglich, wenn sich die Politik für neue Überlegungen öffnet. Bis es soweit ist, gehen die Protestaktionen weiter. Am 11. Mai 2024 pflanzten rund 200 Unterstützer:innen auf einem von der Enteignung für den Straßenbau betroffenen Acker gemeinsam Erdäpfel. Denn auch darum geht es: Den langfristigen Erhalt wertvollen Ackerlands und die Selbstversorgungsfähigkeit mit Lebensmitteln.

Sorgearbeit klimafreundlich

Mobilität als Schlüssel zur Geschlechtergerechtigkeit

„Gewiss, das ist ein Titel, der vielleicht zu viele Themen und Probleme unserer Zeit beinhaltet“, schreibt **MARIA LANGMAIER**: „Die Herausforderung für uns ist es aber: wie bekommen wir die schwerwiegende Krise der Sorgearbeit, den Anspruch auf Klimagerechtigkeit sowie auf gute und faire Arbeit unter einen Hut? Wie schaffen wir es, dazu ins Gespräch zu kommen, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und die politischen Verantwortungsträger:innen damit zu konfrontieren und zur Zusammenarbeit einzuladen?“ Überlegungen der KAB-Referentin der Erzdiözese Wien.

Ein Teil davon versuchen wir nun in das KA-Wien mit der Entwicklung eines Workshop Projektes, den KAB, kfb und Welthaus gemeinsam erdacht haben. Lebensnah und niederschwellig soll im Jahr 2024-2025 der Schwerpunkt Sorgearbeit um eine zweite große gesellschaftliche Herausforderung unserer Gegenwart, die Klimagerechtigkeit, erweitert werden. Care- und Klimakrise weisen viele Verbindungen auf, speziell wenn der Fokus auf den Auswirkungen z.B. für Frauen liegt.

Ein gesellschaftlicher Bereich, bei dem das besonders deutlich wird, ist die Mobilität. Tatsache ist: Frauen bewegen sich tendenziell auf kürzeren Wegstrecken und weniger linear als Männer. Weil sie etwa nicht nur zur Arbeit und zurück fahren, sondern aufgrund zu erledigender Sorgearbeit z.B. unterwegs Kinder abholen, Einkäufe erledigen, etc. Das vorhandene Mobilitätsangebot ist darauf oft nicht ausgerichtet. Genauso wenig Berücksichtigung finden Menschen, deren Mobilität aufgrund von Alter, Krankheit oder Behinderung einge-

schränkt ist. Wenn jeder Weg zur Qual wird, lässt man ihn eher bleiben...

In der Planungsphase haben wir einige grundlegende Überlegungen angestellt. Care-Arbeit und Klimagerechtigkeit - am Beispiel Mobilität von Frauen - haben eine tiefgreifende demokratiepolitische Bedeutung, da sie direkt mit der Gleichberechtigung, dem Zugang zu Ressourcen und der Teilhabe am öffentlichen Leben zusammenhängen. Diese sind:

Gleichberechtigung als demokratisches Prinzip:

Die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit und eingeschränkte Mobilität von Frauen können die Teilhabe an politischen Prozessen und Entscheidungen beeinträchtigen. Durch die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der Care-Arbeit und Mobilität kann ein wesentlicher Schritt in Richtung einer inklusiveren Demokratie gemacht werden.

Zugang zu Bildung und Arbeitsmöglichkeiten:

Die Möglichkeit für Frauen, Bildung zu erhalten und gleichberechtigten Zugang zu verschiedenen Berufsfeldern zu haben, trägt zur Stärkung der de-

Fortsetzung auf Seite 19

Maria Langmaier: „Care- und Klimakrise weisen viele Verbindungen auf, speziell wenn der Fokus auf den Auswirkungen z.B. für Frauen liegt. Ein gesellschaftlicher Bereich, bei dem das besonders deutlich wird, ist die Mobilität.“

FOTO: ISTOCK/PIKSEL



Für eine Kirche, die aus der Geschichte lernt

Interview mit dem steirischen Generalvikar und Historiker Erich Linhardt

„Zukunft braucht Erinnerung“ ist der Titel einer Veranstaltungsreihe in der Steiermark, die die steirische KAB in Erinnerung an die politischen Ereignisse im Jahr 1934 und deren Reflexion vor dem Hintergrund gegenwärtiger Entwicklungen – Stichwort „Entdemokratisierung“ – mitinitiiert hat. **MARTIN HOCHEGGER**, Vorstandsmitglied der KAB Steiermark, hat zum Thema auch ein Interview mit dem Grazer Generalvikar und Historiker Erich Linhardt geführt.

H: Sehr geehrter Herr Linhardt, wir haben heuer im Februar an die Geschehnisse vor 90 Jahren rund um die Aushebelung der Demokratie und den Aufstand der Arbeiterschaft gedacht. Sie als Theologe und Historiker haben sich schon sehr früh mit der Rolle der katholischen Kirche zu dieser Zeit beschäftigt. Wie beurteilen Sie die damalige Rolle der katholischen Kirche?

L: Die Rolle der Kirche war damals sehr unglücklich. Als Mitarbeiter bei wissenschaftlichen Projekten von Professor Liebmann habe ich mich vor 40 Jahren mit steirischen Priesterpolitikern zur Zwischenkriegszeit beschäftigt. Die Verschränkung zwischen parteipolitischer Macht und der Priesterschaft der katholischen Kirche war auch in der Steiermark sehr eng. So waren z.B. ein Landeshauptmann, ein Landtagspräsident und einige Landesräte als Priester hohe „Funktionäre“ der christlich-sozialen Partei; abgesehen von Ignaz Seipel als Bundeskanzler. Dies war auch eine wesentliche Ursache für das massive Spannungsfeld mit der sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterschaft. Die Botschaft war für diese eindeutig: Die Kirche kann und will unsere Anliegen nicht verstehen, ja sie ist sogar unser Gegner 1933 hat dann die Bischofskonferenz beschlossen, dass alle Priester aus ihren politischen Äm-

tern zurücktreten müssen. Aber zu diesem Zeitpunkt war schon eine Vielzahl von Konflikten, viel Hass da.

H: Später wollte man aber diese Trennung zwischen Staat und Kirche wieder aufheben.

L: Als Dollfuß Bundeskanzler wurde, erfolgte wieder ein stärkerer politischer Einfluss der Kirche auf den Staat. Das Ideal von Dollfuß war nämlich der christliche Ständestaat, und dabei stützte er sich auf die päpstliche Enzyklika „Quadragesima anno“ von Pius XI. – Priester waren auch wieder als Standesvertreter, z.B. in den Landtagen, tätig.

H: Kirche und Macht – ein immer wiederkehrendes Thema?

L: Gerade in Österreich gab es von alters her ein Zusammenspiel zwischen politischer Macht und kirchlichem Einfluss. Die Vertreter der katholischen Kirche waren Jahrhunderte lang sehr eng mit dem Haus Habsburg verbunden und dienten als verlässliche Partner in der Absicherung der gesellschaftlichen Macht; sie unterstützten sich gegenseitig. Es mag den Anschein haben, dass die Verantwortungsträger der Kirche in Österreich eher den Mächtigen und Reichen näherstanden als den Unterprivilegierten, wobei es natürlich immer auch – getragen

von Ordensgemeinschaften und in der Seelsorge tätigen Priestern – eine intensive Zuwendung zu den Armen in unterschiedlicher Ausprägung gegeben hat.

H: Im Rahmen der zahlreichen Veranstaltungen in Orten, wo der Bürgerkrieg zu sehr vielen Opfern geführt hatte, hat ihr geschätzter Vorgänger Leopold Städtler über das Spannungsfeld zwischen Kirche und Sozialdemokratie und Arbeiter:innenenschaft berichtet, welches über viele Jahrzehnte zu einer Entfremdung beider wichtigen gesellschaftlichen Gruppen geführt hatte. Wie beurteilen sie als Historiker die Narrative dieser Zeit und das aktuelle Verhältnis zwischen Kirche und Sozialdemokratie?

L: Wenn man in die Geschichte blickt, so gab es in der Steiermark in manchen Regionen einen starken Entfremdungsprozess, der viele Jahrzehnte andauerte. Es gab in der Zwischenkriegszeit auch eine von den Sozialdemokraten aus den vorhin genannten Gründen veranlasste Austrittsbewegung aus der Kirche. Erst durch weitsichtige Persönlichkeiten auf oberster Verantwortungsebene, wie Kardinal König und Bundeskanzler Kreisky, konnte eine wesentliche Annäherung und Entspannung erreicht werden. Diese ist aber auch schon lange auf „unterer Ebene“ von Priestern in den Pfarren

durch ihren Umgang mit der Arbeiterschaft gleichsam vorbereitet worden.

H: Warum hat die katholische Kirche sich so lange schwer getan, für die damalige Positionierung ein Schuldeingeständnis abzugeben?

L: Die katholische Kirche tat sich traditionell schwer mit dem Einbekenntnis von eigenem schuldhaftem Verhalten; meines Erachtens aus einer starken Angst vor Glaubwürdigkeitsverlust heraus. Dabei ist gerade das Zugeben von Fehlern immer ein Zeichen von Stärke. Die Kirche selbst hat aber lange keine Fehlerkultur entwickelt, was sehr schade ist, sich aber in letzter Zeit doch zum Positiven verändert hat.

H: Zahlreiche religiöse Gruppen in allen monotheistischen Religionen haben derzeit starke anti-aufklärerische Tendenzen und gehen damit Hand in Hand mit autoritär-diktatorischen Führerpersönlichkeiten. Religion wird dabei als politisches

Kampfmittel instrumentalisiert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklungen?

L: In vielen Ländern der Welt stand und steht die Kirche auf Seiten der Mächtigen. Auch noch aktuell, wenn man z.B. nach Russland schaut. Leider lassen sich Religionen immer wieder als politisches Kampfinstrument missbrauchen. Dabei geht es um weltliche Macht und Einfluss, was immer sehr verlockend ist. Die Entwicklungen in diese Richtung schaden natürlich jeder Religionsgemeinschaft. Vom christlichen Verständnis ausgehend, haben wir ja die größte Macht von Gott durch Christus geschenkt bekommen, die wirklich alles verändern kann, und das ist die Macht der Liebe. Sie einzusetzen und sie zu leben kann immer nur zum Guten für alle führen.

H: Vielen Dank für das Gespräch!



Erich Linhardt: „Vom christlichen Verständnis ausgehend, haben wir ja die größte Macht von Gott durch Christus geschenkt bekommen, die wirklich alles verändern kann, und das ist die Macht der Liebe. Sie einzusetzen und sie zu leben kann immer nur zum Guten für alle führen.“

FOTO: DIÖZESE GRAZ SECKAU

Fortsetzung von Seite 17

mokratischen Gesellschaft bei. Wenn Frauen aufgrund von ungleicher Verteilung von Care-Arbeit und fehlenden Mobilitätsangeboten eingeschränkt sind, kann dies zu einem Mangel an Vielfalt und Perspektiven in politischen Entscheidungsprozessen führen.

Politische Partizipation:

Gerade heuer im Jahr mit EU- und Parlamentswahlen braucht politische Partizipation eine besondere Aufmerksamkeit. Für repräsentative Entscheidungen ist es von zentraler Bedeutung, dass Frauen an politischen Prozessen wie Gremienarbeit oder Wahlen aktiv teilnehmen. Sind sie durch Sorgetätigkeiten oder fehlende Mobilitätsangebote daran gehindert, fehlen wichtige Stimmen für die demokratische Legitimität. Unter Umständen wirkt sich dies nicht nur auf die Frauen, sondern auch von ihnen zu pflegende Angehörige (z.B. Kinder, beeinträchtigte Personen, alte Menschen) ungünstig aus.

Frauenrechte als Menschenrechte:

Die Anerkennung der Rechte von Frauen, einschließlich des Rechts auf gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Leben, ist integraler Bestandteil der Menschenrechte. Eine demokratische Gesellschaft sollte sicherstellen, dass Frauen nicht aufgrund von Geschlechterstereotypen oder mangelnder Mobilität von der Ausübung ihrer Rechte abgehalten werden.

Empowerment durch soziale Mobilität:

Chancengleichheit und soziale Mobilität wollen wir fördern. Die Möglichkeit für Frauen, sich frei zu bewegen und am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben teilzunehmen, trägt dazu bei, eine inklusive und gerechte Demokratie zu schaffen.

Mit diesen Grundsätzen im Hintergrund wollen wir bei den geplanten Workshops Räume auf tun, die Dia-

log und Austausch auf Augenhöhe zwischen den Generationen anregen, aber auch die Möglichkeit der Mitbestimmung durch den Kontakt und Diskurs mit den lokalen Entscheidungsträger:innen fördern.

Unterstützt durch feministische Zugänge zur Stadt- und Landschaftsplanung, das Aufzeigen und Hinführen zu den Problemlagen bei Arbeits- und Alltagswegen, der Bewusstwerdung und Auseinandersetzung mit den gegebenen Hindernissen im eigenen Wohnort und den möglichen Aktivitäten dazu. Mobilität muss bis ins hohe Alter eigenständig bewältigbar sein.

Weiterführend wird es in den Pfarren zu verschiedenen Themen und Zielgruppen bereits erprobte Angebote wie die FairWandeln-Klimakonferenzen (www.fairwandeln.at/klimakonferenzen) sowie neue Optionen wie Klimagespräche geben.

IMPRESSUM: Medieninhaber:in (Verleger:in): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 Herausgeber:in: Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at Geschäftsführung: Mag. Gabriele Kienesberger Chefredakteur:in: Mag. Elisabeth Ohnemus Redaktionsteam: Dipl.-Päd. Martin Hocegger, Mag. Gabriele Kienesberger, Maria Langmaier, MSc, Mag. Anna Wall-Strasser Verwaltung/Anzeigen: Mag. Gabriele Kienesberger Layout: Karin Weiß, weisskarin@gmx.at Lektorat: Mag. Wilhelmine Deschberger, Dr. Sonja Meißl Hersteller:in und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg Bankverbindung: Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW, IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Mit eurer großzügigen Unterstützung geht das ZeitZeichen bald in sein 70stes Jahr!

Liebe Abonntentin, lieber Abonntent,
liebe Leserin, lieber Leser des KABÖ – ZeitZeichens,

wir freuen uns auf 4 inhaltsreiche Ausgaben. Die erste Nummer 2024 war den Aspekten einer Friedensethik gewidmet. Mit dieser zweiten Nummer liegen Beiträge zu Klimawandel und Arbeitswelt vor. Immer gegenwartsbezogen, immer auf der Suche nach wissenschaftlich fundierter Analyse und immer auf Basis der christlichen Soziallehre als Kompass, ermöglichen wir euch Lesevergnügen, aber auch Inhalte, die nachdenklich machen und zum Handeln herausfordern.

Lest, abonntiert, unterstütst uns weiterhin!

2023 war der Wagner-Verlag aus Linz ein großzügiger Buchspender. Nochmals vielen Dank dafür! Heuer unterstützt unsere Förderaktion der Mandelbaum-Verlag aus Wien mit einer schönen Auswahl an aktueller Sachliteratur.

Für eine Spende von 50 Euro Förderabonnement oder 150 Euro Gönnerabonnement könnt ihr aus folgendem Buchbestand ein Exemplar auswählen:

1. *Bettina Balàka* über Eugenie Schwarzwald
2. *Andreas Exner/Brigitte Kratzwald*: Solidarische Ökonomie & Commons
3. *Werner Rätz et al. (Hg.)*: Digitalisierung? Grundeinkommen!
4. *Jakob Frühmann/Cristina Yurena Zerr*: Brot und Gesetze brechen
5. *Katharina Meichenitsch et al. (Hg.)*: Neu! Besser! Billiger!
6. *Josef P. Mautner (Hg.)*: Regionale Menschenrechtspraxis
7. *Wolfgang Hien*: Die Arbeit des Körpers
8. *Ursula Müller*: Unbehindert arbeiten

Werde Förderabonntent:in

(4 Hefte) € 50,-

Gönner:in € 150,-

Als Dankeschön gibt es zu jedem Förder- und Gönner:innenabo ein Buch nach Wahl aus dem Mandelbaum Verlag!

€50
oder
€150

€17

Werde/bleibe Jahresabonntent:in

(4 Hefte) € 17,-

(wie bisher)

IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 **Vielen Dank!**

Bitte macht auch Freund:innen und Bekannte auf das ZeitZeichen aufmerksam oder verschenkt ein Abo!



Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien